



Dr. Matthias Miersch

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertretender Vorsitzender der
SPD-Bundestagsfraktion

Dr. Matthias Miersch, MdB · 11011 Berlin

Deutscher Bundestag

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Ansprechpartnerinnen: Ermana Nurkovic,
Michael Meyer, Torben Bernstein
Tel: (030) 227 – 71111
Fax: (030) 227 – 76099
Email: matthias.miersch@bundestag.de

Wahlkreis

Kurt-Schumacher-Haus
Odeonstr. 15/16
30159 Hannover
Ansprechpartnerinnen:
Frauke Meyer-Grosu, Johannes Düselder
Tel: (05 11) 16 74 302
Fax: (05 11) 92 03 190
Email:
matthias.miersch.wk@bundestag.de

www.matthias-miersch.de

Berlin, 16.12.2022

Persönliche Erklärung zum Jahresabschluss 2022

**Liebe Bürgerinnen und Bürger,
liebe Genossinnen und Genossen,**

am 27. Februar durfte ich angesichts des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine bei der Sondersitzung des Deutschen Bundestages für die SPD-Bundestagsfraktion reden. Ich habe damals unter anderem die Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit von Energie als Bestandteil der Daseinsvorsorge betont. Als stellvertretender Fraktionsvorsitzender, der für den Bereich Energie verantwortlich ist, habe ich seitdem in teilweise nächtelangen Sitzungen mit Grünen und FDP über angemessene Stabilisierungsmaßnahmen gerungen. Dabei war für mich spätestens seit den Gas-Lieferstopps Putins klar, dass das Schnüren von Hilfspaketen allenfalls ein Mittel sein konnte, die in vielen Bereichen gestiegenen Kosten auszugleichen. Seit Monaten habe ich mit vielen Kolleginnen und Kollegen der SPD-Bundestagsfraktion dementsprechend für systemische Eingriffe in den Energiemarkt gestritten. Das war in der Ampel nicht einfach zu diskutieren, weil einige Grüne in gestiegenen Energiepreisen Anreize zum Energiesparen und damit zu mehr Klimaschutz sahen und Abgeordnete der FDP von Markteingriffen naturgemäß wenig halten. Am gestrigen Donnerstag (15.12.2022) hat sich die Ampelkoalition mit den Energiepreisbremsen auf genau solch einen Systemeingriff verständigt und diesen im Deutschen Bundestag beschlossen. Ich bin sehr erleichtert, dass sich monatelange Arbeit ausgezahlt hat und gerade durch diese Maßnahmen nach meiner festen Überzeugung viel für den gesellschaftlichen Zusammenhalt bewirkt wird!

Natürlich gibt es Kritik und klar ist auch, dass die Maßnahmen nicht allen Einzelfällen gerecht werden. Für weite Teile der Bevölkerung und für die Wirtschaft wird jedoch Sicherheit geschaffen, indem wir die Preise bis April 2024 im Rahmen eines Schutzschirms in Höhe von 200 Milliarden Euro bremsen. Dabei ist zu betonen, dass das Niveau der Bremsen immer noch das Doppelte von dem beträgt, was vor dem Krieg für Gas und Strom zu zahlen gewesen ist. Aber es gibt eben auch finanzielle Grenzen und zudem sollen weiter auch Einsparanreize gesetzt werden, da die Herstellung der Versorgungssicherheit kein Selbstläufer ist. Eine Herausforderung war auch, dass die Versorger nicht wissen, wer oder was sich hinter einem Anschluss verbirgt. Jede Lösung, die zielgenauer wirken soll, hätte mehr Daten und Zeit verlangt. Jedoch haben wir uns vorgenommen, im Laufe des nächsten



Dr. Matthias Miersch
Mitglied des Deutschen Bundestages

Jahres die Versorger mit mehr Daten zu versorgen, so dass dann spätestens im Herbst/Winter 2023/24 zielgenauer und gerechter gesteuert werden kann. Die Entlastung ist einkommen- oder körperschaftsteuerpflichtig für diejenigen, die wegen ihrer Einkommenshöhe den Solidaritätszuschlag auf Einkommen- oder Körperschaftsteuer entrichten, so dass auch hier ein Gerechtigkeitsaspekt eingezogen worden ist. Froh bin ich auch, dass uns im parlamentarischen Verfahren die Einrichtung eines Härtefallfonds in Höhe von 1.8 Mrd. Euro für alle gelungen ist, die nicht mit Gas oder Fernwärme heizen. Da hier aber keine festen Vertragsbeziehungen vorliegen, wird auf ein Antragsverfahren über die Länder zurückgegriffen werden müssen. Ich hoffe, dass Bund und Länder hier schnell ein Prozedere vereinbaren. Wer zu den einzelnen Förderungen weitere Fragen hat, kann sich hier informieren:

<https://www.spdfraktion.de/themen/so-senken-wir-energiepreise>

Bei all der Krisenintervention habe ich mich dafür eingesetzt, dass stets weitaus größere Schritte zum Zeitalter der Erneuerbaren Energien unternommen werden, um Abhängigkeiten zu minimieren und die Klimaschutzziele nicht aus den Augen zu verlieren. Das Sommerpaket im Bereich des Erneuerbaren Energien-Gesetzes war ein erster wichtiger Schritt, indem wir den Ausbau der Erneuerbaren als vom „überwiegenden öffentlichen Interesse“ getragen bezeichnet haben. So können erste Konflikte mit Denkmal- oder Naturschutz minimiert werden. Allerdings dauern die Verfahren immer noch zu lang, so dass wir nun endlich auch die Planungs- und Genehmigungsverfahren deutlich straffen müssen. Das wird für mich die große Aufgabe in den kommenden drei Monaten werden. In jeder Krise liegt auch die Chance, verkrustete Strukturen aufzubrechen. Die Frage des Verhältnisses von Individualinteresse zum Interesse der Allgemeinheit wird dabei eine zentrale Rolle spielen müssen.

Liebe Bürgerinnen und Bürger,
liebe Genossinnen und Genossen,

diese letzte Persönliche Erklärung im Jahr 2022 möchte ich jedoch auch nutzen, um jenseits meiner Fachbereiche auf grundsätzliche Erfolge der SPD in der Ampelkoalition hinzuweisen. Zunächst kann ich nicht genug betonen, dass ich sehr froh bin, dass wir mit Olaf Scholz einen Bundeskanzler haben, der den teilweise populistischen Forderungen nach immer mehr Waffenlieferungen nicht einfach nachgibt, sondern mit unseren Partnern diese Frage auch im internationalen Kontext besonnen abwägt. Nur nebenbei will ich in diesem Zusammenhang anmerken, dass Herr Merz bereits im März für ein einseitiges Gasembargo Deutschlands gegenüber Russland plädiert hat, was jetzt zu einer katastrophalen Gasmangellage geführt hätte. Stattdessen hat sich der Bundeskanzler gegen entsprechende Forderungen angesichts der Interessen der Bundesrepublik Deutschland gestellt und vielmehr durch den Aufbau von Alternativen dafür gesorgt, dass wir weniger erpressbar sind als vor dem Krieg, als z. B. die Gasspeicher unter der damaligen Aufsicht des Ministers Altmaier auf einem gefährlich niedrigen Füllstand waren.

Aber wir haben auch sonst richtig etwas in der Ampel erreicht, z. B.:

- **12 Euro Mindestlohn:** Wir haben uns dafür eingesetzt, dass der Mindestlohn zum 1. Oktober 2022 auf 12 Euro angehoben wurde. Von dem höheren



Dr. Matthias Miersch

Mitglied des Deutschen Bundestages

Mindestlohn profitieren über sechs Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Parallel zur Mindestlohnerhöhung haben wir auch die Minijob-Grenze auf monatlich 520 Euro erhöht.

- **Bürgergeld:** Wir erneuern das Schutzversprechen unseres Sozialstaats. Ab 2023 lassen wir mit dem neuen Bürgergeld Hartz IV hinter uns und sorgen für einen System- und Kulturwechsel.
- **Mehr BAföG für mehr junge Menschen:** In einem ersten Schritt haben wir die BAföG-Leistungen verbessert, den Antrag digitaler und einfacher gemacht sowie den Kreis der Berechtigten deutlich ausgeweitet. Der Förderhöchstsatz steigt um 73 Euro auf 934 Euro. Die Freibeträge für das Elterneinkommen haben wir um 20,75 % auf 2.415 Euro angehoben, sodass mehr junge Menschen Anspruch auf BAföG haben.
- **Wohngeldreform:** Zum 1. Januar 2023 wird das Wohngeld deutlich erhöht und um eine Klima- und Heizkostenkomponente ergänzt. Statt bei 180 Euro liegt es dann im Schnitt bei 370 Euro. Der Kreis der Haushalte, die Wohngeld bekommen, wird von 600.000 auf zwei Millionen erweitert.
- **Krankenhausreform angepackt:** Noch bevor die grundlegende Reform der Krankenhausvergütung und -versorgung 2023 beginnt, setzen wir einige Vorschläge der zuständigen Regierungskommission um, weil die Krankenhäuser hier eine Soforthilfe brauchen. Deshalb stärken wir die Geburtshilfe und die pädiatrische Versorgung in Krankenhäusern finanziell.
- **Chancen-Aufenthaltsrecht:** Im Bundestag haben wir das Gesetz zur Einführung eines Chancen-Aufenthaltsrechts und das Gesetz zur Beschleunigung der Asylgerichtsverfahren und Asylverfahren beschlossen. Damit setzen wir die ersten Vorhaben des Koalitionsvertrags im Bereich Migration und Integration um und leiten den Neuanfang in der Migrations- und Integrationspolitik ein.

Ein schwieriges, herausforderndes und kräftezehrendes Jahr liegt hinter uns. Einiges konnte dennoch vorangebracht werden. Ich werde die kommenden zwei Wochen mit meinem Team nutzen, Kraft zu tanken, weshalb ich um Verständnis bitte, dass die Büros erst wieder am 9. Januar 2023 besetzt sein werden.

Nun wünsche ich allen trotz aller Widrigkeiten ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes, glückliches und erfülltes 2023!

Ihr/Euer

Dr. Matthias Miersch, MdB